



Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 6.11.2008.

Von CDU, FDP und Krüger wurde abgelehnt, aktuelle Anfragen der SPD zu konkurrierenden Nutzungen im Hafen und der Linksfraktion zur Geschwindigkeitsregelung im Rheinfertunnel auf die Tagesordnung zu nehmen.

#### ■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der SPD zum Burg-Wächter Castello gab die Verwaltung bekannt, dass die testierten Jahresabschlüsse 2007 nunmehr vorliegen und die künftige fristgerechte Vorlage Anfang 2009 verbindlich abgestimmt wird. Ohne das Testat einzuschränken weist der Wirtschaftsprüfer auf die Notwendigkeit der Zuführung weiterer Finanzmittel hin, was in der Wirtschaftsplanung bis zum Jahr 2010 vorgesehen ist. Die Finanz- und Erfolgsplanung wird als plausibel beurteilt.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zum Mehrgenerationen-Wohnen erläuterte die Verwaltung, dass sich zwei Projekte an der Vennhauser Allee und der Ursula-Trabalski-Straße (Gerresheim) in der konkreten Realisierungsphase befinden. Die Städtische Wohnungsgesellschaft plant an den Standorten Krefelder Straße, Hansaallee und Theodor-Mommsen-Straße Wohnungen für gemeinschaftliche Wohnprojekte. Zwei Projektgruppen suchen geeignete Grundstücke, um Mehrgenerationen-Wohnen und gemeinschaftliche Wohnprojekte zu realisieren.

Mit der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bundeswehr beschäftigte sich eine Anfrage der Linksfraktion. Die Verwaltung führte aus, dass gemäß Grundgesetz ein Land bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen den Einsatz der Streitkräfte anfordern kann. Als Gefahrenabwehrbehörde bedient sich die Stadt des Krisenstabes. Das Kreisverbindungskommando entsendet beratend Mitglieder in den Krisenstab. Anforderungen zur Hilfeleistung an die Bundeswehr bedürfen der vorherigen Zustimmung des Landesinnenministers. Die Mitwirkung des Kreisverbindungskommandos verursacht weder Kosten noch Ausgaben.

Die CDU fragte nach der möglichen Durchführung eines Freiwilligentages. Die Verwaltung erläuterte, dass es ein noch nicht ausgeschöpftes Potenzial an Freiwilligen gibt. Allerdings wollen viele keine langfristige Bindung für ein Projekt. Mehr als 60 Städte und Kreise veranstalten regelmäßig Freiwilligentage, an denen sich Privatpersonen und Mitarbeiter von Unternehmen beteiligen. Diese Freiwilligentage werden durch Freiwilligenagenturen organisiert, an denen auch die Städte beteiligt sind.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zum Informationsfreiheitsgesetz teilte die Verwaltung mit, dass 2007 insgesamt 77 Auskunftsbegehren eingingen. Einem Begehren konnte man wegen des Schutzes personenbezogener Daten nicht nachkommen. Ein weiteres Auskunftsbegehren wurde zunächst wegen des Schutzes des behördlichen Entscheidungsbildungsprozesses abgelehnt, nach Abschluss der Entscheidungsbildung wurde die Auskunft erteilt. Die Bearbeitungszeit dauerte durchschnittlich einen Tag.

Aufgrund einer Anfrage der Ratsfrau Frey (BÜ 90) zur Barrierefreiheit in den Bilker Arcaden erläuterte die Verwaltung, dass bauliche Sicherheitsmängel bezüglich der barrierefreien Zu- und Rettungswege nicht auftreten. Allerdings sind einige betriebliche Maßnahmen nicht in der vorgesehenen Form erfolgt. So war der Zugang zur Behindertentoilette während der ersten Veranstaltungen verschlossen. Die Verwaltung führte aus, dass das Segment der Barrierefreiheit bezogen auf Rampen, Podeste, Türbreiten bereits in den Bauvorlagen darstellbar ist, während die weitere Barrierefreiheit z.B. für Seh- und Hörbehinderte erst durch zusätzliche Ausstattungsmerkmale sichergestellt werden kann, deren Vorhandensein erst bei der abschließenden Bauzustandsbesichtigung festgestellt werden kann.

## ■ Anträge der Fraktionen

Ein Antrag der Linksfraktion, den Betrieb von Heizpilzen auf Freisitzflächen generell zu verbieten, wurde von SPD, CDU, FDP und freie Wählergemeinschaft abgelehnt. Ein Änderungsantrag von BÜ 90, ein Maßnahmenprogramm „Klimaschutz in der Gastronomie“ zu erarbeiten und Wege zu finden, wie Heizpilze und Außenheizungen in der Gastronomie verzichtbar werden, wurde von CDU, FDP, Freie Wähler und 1 SPD-Stimme bei Enthaltung der Linksfraktion abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU, FDP, Krüger wurde der Antrag von CDU/FDP beschlossen, die Verwaltung zu bitten, eine Planung aufzunehmen, die die Eckpunkte des Deutschen Vereins zu sozialräumlichen Ausgestaltung kommunalen Handelns in Bezug auf Lokale Zentren als Kristallisationspunkte für Gemeinwesenarbeit berücksichtigt. Da die Begründung (Zusammenführung heutiger Angebote) wenig Bezug zu den Positionen des Deutschen Vereins hatte, lehnten SPD, BÜ 90 und Linksfraktion diesen Antrag ab (Enthaltung freie Wähler) und stimmten ebenso wie die freien Wähler für einen Antrag von BÜ90, der die Intentionen des Papiers des Deutschen Vereins für Fürsorge aufnahm. Die soziale Arbeit sollte stärker an den jeweiligen Bedürfnissen der Menschen in den 156 Sozialräumen ausgerichtet werden, um effektiver die soziale Mischung in den Quartieren zu erhalten. Dieser Änderungsantrag wurde mit der Mehrheit von CDU/FDP und Krüger abgelehnt.

Ein Antrag der SPD, in Kooperation mit der Städtischen Wohnungsgesellschaft die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für den Erwerb der Wohnungsbestände der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) im Stadtgebiet zu schaffen, wurde von CDU und FDP abgelehnt. Abgelehnt wurde von CDU, FDP, SPD (Enthaltung Linksfraktion) ein Änderungsantrag von BÜ 90, durch den die Verwaltung beauftragt werden sollte, in der Hauptversammlung dafür zu sorgen, dass die Städtische Wohnungsgesellschaft AG sich um den Kauf der ehemaligen LEG-Wohnungen bemüht.

Die SPD beantragte, die Verwaltung zu beauftragen, ein Symposium zur Revitalisierung der Shadowstraße und Attraktivierung des öffentlichen Raumes vorzubereiten, in 2009 durchzuführen und hierzu neben betroffenen Anliegern und Einzelhändlern internationale Experten aus Städten einzubeziehen, in denen erfolgreich innerstädtische Revitalisierungsprojekte umgesetzt wurden.

Dieser Antrag wurde von CDU, FDP und Krüger abgelehnt, die es als zu früh ansehen, sich jetzt schon mit Konzepten zu beschäftigen.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Krüger wurde ein Antrag von CDU/FDP beschlossen, durch den der Rat die Verwaltung aufgefordert, einen umfassenden Sachbericht zur Situation der Jugendgerichtshilfe vorzulegen, nach dem zuvor abgelehnt worden war, diesen Antrag zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.

Angelehnt wurde durch CDU, FDP, BÜ 90, freie Wähler, Krüger ein Antrag der Linksfraktion, durch den die Verwaltung aufgefordert werden sollte, einen Masterplan Armutsbekämpfung vorzulegen.

Gegen Linksfraktion und freie Wähler beschloss der Rat einen Antrag von CDU/FDP, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, im Rahmen des Vernetzungsprozesses der Schuldnerberatung das Element der Prävention konzeptionell weiter zu entwickeln und darzustellen. Dabei sollen die in unterschiedlichen Etatpositionen vorhandenen Mittel produktorientiert zusammengeführt und finanzielle Zuwendungen Dritter transparent gemacht werden. Die SPD nahm an der Abstimmung des Antrags nicht teil, da dies klassisches Thema innerhalb der Ausschussberatungen der Ausschüsse ist, dort CDU und FDP aber Haushaltsberatungen verweigerten.

Der Antrag der SPD, zu prüfen, ob eine Aufhebung der Ausschreibung für den 1. Bauabschnitt des Kö-Bogens unter den derzeitigen Rahmenbedingungen und wegen der geringen Bewerberzahl und/oder aus anderen Gründen möglich ist und welche finanziellen Konsequenzen das hätte, lehnten CDU und FDP ab, BÜ 90 und Krüger enthielten sich. Der weitere Antragsteil zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Einbeziehung der geplanten Baufelder am Jan-Wellem-Platz in den städtebaulichen Ideenwettbewerb für den 2. Bauabschnitt erfolgen kann, lehnten, CDU, FDP, Linksfraktion ab, BÜ 90 enthielt sich.

Der Antrag der SPD, ein Handlungs- und Umsetzungskonzept für einen barrierefreien öffentlichen Lebensraum zu erarbeiten, wurde von CDU, FDP und Krüger abgelehnt. Der Änderungsantrag von BÜ 90, das Stadtentwicklungskonzept um das Kapitel „barrierefrei Stadt“ zu ergänzen, wurde von CDU, FDP, SPD, Krüger (Enthaltung Linksfraktion) abgelehnt.

## ■ Verwaltungsvorlagen

Der Stadtdirektor und Stadtkämmerer Rattenhuber gab einen Bericht über die aktuelle Finanzsituation der Stadt und ihrer Töchter. Für das laufende Haushaltsjahr wird mit einem Überschuss von 36 bis 41 Mio Euro gerechnet. Dabei wird von leicht erhöhten Gewerbesteuerereinnahmen sowie Mehreinnahmen und Wenigerausgaben im Verwaltungsbereich gerechnet. Die aktuelle Steuerschätzung für 2009 wurde noch nicht detailliert ausgewertet. Im schlechtesten Fall wird mit Wenigereinnahmen von 62 Mio gerechnet. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise wird in 2009 auf die ursprünglich geplante Gewinnausschüttung der Sparkasse in Höhe von 7,5 Mio verzichtet, damit mögliche Gewinne der Eigenkapitalstärkung dienen können. Weitere Detailzahlen werden zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 1.12. vorgelegt. Für die Tochtergesellschaften gab es folgende Informationen: bei der IDR wird die Vermietungssituation als etwas schwieriger eingeschätzt, die Rheinbahn rechnet eher mit einem Anstieg der Fahrgastzahlen, für die Messe ist 2009 turnusgemäß ein schwaches Jahr, der Flughafen erwartet keine großen Einschnitte, sieht aber auch, dass sich die geplanten Erhöhungen nicht realisieren lassen. Die Stadtwerke erwarten keine Einschnitte.

Der Rat nahm einstimmig den Rechenschaftsbericht 2007 zur Kenntnis. Der Rat nahm den Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung zur Kenntnis, beschloss die Jahresrechnung und erteilte der Verwaltung Entlastung (Enthaltung Linksfraktion).

Einstimmig beschloss der Rat, die Wahl des Oberbürgermeisters vom 31.8.2008 nach Vorprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss für gültig zu erklären.

Der Rat nahm einen Bericht zur Einrichtung eines Bürgerhaushaltes zur Kenntnis. Mit Hinweis auf Erfahrungen anderer Kommunen in Bezug auf Resonanz und Arbeitsaufwand will die Verwaltung zunächst insbesondere die abschließende Beratung des Kölner Bürgerhaushaltes auswerten und im kommenden Jahr erneut einen Bericht vorlegen. Sie verwies auf die Bürgerbeteiligung in Düsseldorf beim Spielplatzbau und Kundenbefragungen in Kulturinstituten. Die SPD kündigte eine Ratsinitiative in 2009 zur Aufstellung eines Bürgerhaushaltes für das Jahr 2010 an.

Gegen SPD, BÜ 90 und Linksfraktion beschloss der Rat die Neugründung einer Gesellschaft für die Durchführung der Quadriennale. Diese Gesellschaft wird mit einem Stammkapital von 25.000 Euro gegründet und erhält die im Haushalt eingesetzten bzw. vorgesehenen Mittel von insgesamt 5,17 Mio Euro. Die Gesellschaft soll einen Aufsichtsrat erhalten. SPD und BÜ 90 begründeten ihre Ablehnung damit, dass nicht nachgewiesen ist, dass eine eigenständige Gesellschaft die Quadriennale besser organisieren kann als eine Abteilung des Kulturamtes. Einen Änderungsantrag von BÜ 90, im Kulturamt zwei Stellen für die Koordination des laufenden Geschäfts und die kaufmännische Abwicklung der Quadriennale einzurichten, lehnten CDU, FDP, freie Wähler und Krüger ab.

Der Rat beschloss einstimmig die Fortführung der Thermographieaktion mit einem Budget von 100.000 Euro. Bei einem Eigenanteil von 100 Euro werden zunächst 500 Thermographieaufnahmen einschl. Beratungen gefördert. Sofern nachgewiesen wird, dass innerhalb eines Jahres Sanierungsmaßnahmen (Dämmung Außenwände, Dach, Kellerdecke, Austausch Fenster und Türen) durchgeführt wurden, werden 80 Euro zurückerstattet. Bei dieser Aktion sollen vermehrt Mehrfamilienhausbesitzer zur Antragsstellung aufgerufen werden.

Der Rat stellte einstimmig überplanmäßig 5,9 Mio Euro für den Bereich Hilfen zur Erziehung zur Verfügung. Insbesondere im Bereich der ambulanten Erziehungshilfen ist es zu einem erheblichen Mehrbedarf gekommen, sodass sich der Gesamtbedarf für den Bereich der Hilfen zur Erziehung im Jahr 2008 auf voraussichtlich 59 Mio erhöhen wird.

Einstimmig beschloss der Rat Vorfinanzierungen in Höhe von 3,6 Mio Euro. Hierbei handelt es sich um 50 % der Zuwendungen des Landes für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, die freie Träger in Höhe von insg. 7,2 Mio beantragt haben. Die restlichen Mittel werden den Trägern zur Verfügung gestellt, sobald das Land gezahlt hat.

Der Rat nahm bei Enthaltung der Linksfraktion den Jahresabschluss 2007 einschließlich des Lageberichts des Stadtentwässerungsbetriebes zur Kenntnis. Ausgewiesen wird ein Jahresgewinn in Höhe von 5,9 Mio Euro. Dieser wird in Höhe von 5,4 Mio Euro den Kapitalrücklagen zugeführt, um hieraus künftige Investitionen zu finanzieren. 0,5 Mio werden in eine zweckgebundene Rücklage zur Absicherung des Abwasserabgaberrisikos bei Störfällen eingestellt.

Nachdem die Abwassergebühren zum 1.1.2008 um 6,3 % erhöht worden waren, wird bis mindestens 2010 mit stabilen Gebühren gerechnet.

Der Rat beschloss bei Enthaltung einer Stimme der freien Wählergemeinschaft, den Namen der städtischen Agnes-Miegel-Realschule in Städtische Realschule Golzheim zu ändern. Anlass für den Antrag der Schulleitung und den Beschluss der Schulkonferenz war die Diskussion über das Verhältnis der Schriftstellerin und Journalistin Agnes Miegel zum Nationalsozialismus. Sie war bekennende Verehrerin Adolf Hitlers und Mitglied der nazistischen Deutschen Akademie der Dichtung, der NS-Frauenschaft und der NSDAP.

## ■ Personalien

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linksfraktion die Wiederbestellung der Mitglieder des Gutachterausschusses für Grundstückswerte.

Der Rat bestellte einstimmig die Mitglieder der Veranstaltergemeinschaft Lokaler Rundfunk Düsseldorf e.V. (Antenne Düsseldorf). Die SPD wird vertreten durch Claus Möller.

Der Rat beschloss einstimmig Ausschussumbesetzungen. Anstelle von Dr. Markus Dreist wird nun Oliver Demmert Mitglied des Ausschusses für regionale und europäische Zusammenarbeit sowie Integration.

## ■ Investitionen

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung

- der Notarztstation Hassels mit voraussichtlichen Kosten von rd. 1 Mio Euro (einstimmig);
- des Neubaus einer Gymnastikhalle mit Räumlichkeiten für die Offene Ganztagschule an der Grundschule Niederkasseler Straße 36 mit voraussichtlichen Kosten von 2,25 Mio Euro. Der Baubeginn soll Anfang 2010 erfolgen, es werden keine Zuschüsse mehr gewährt, da hierfür Fertigstellung bis 31.8.2009 erfolgen müsste (einstimmig);
- der Ertüchtigung des Brandschutzes in bestehenden U-Bahnanlagen mit voraussichtlichen Kosten von 18,7 Mio Euro. Im Rahmen der 1. Ausbaustufe sind Maßnahmen für die U-Bahnhöfe Victoriaplatz/Klever Straße, Nordstr., Hauptbahnhof, Heinrich-Heine-Allee, Steinstraße/Königsallee und Oststraße vorgesehen. Zum Teil werden die Maßnahmen im Rahmen weiterer Ausbauten (Aufzüge Victoriaplatz/Klever Straße, Brandschutzertüchtigung am Hauptbahnhof durch Deutsche Bahn) durchgeführt (einstimmig);
- der Attraktivierung des Wildparks und stellte für eine Machbarkeitsstudie überplanmäßig 100.000 Euro zur Verfügung. Geplant sind Verbesserungen für Besucher (Beschilderung, Barrierefreiheit, Walderlebnispfad, Erweiterung Spielplatz, Besucherschutzhütten, Verbesserung des Zugangs von der Haltestelle Krankenhaus), Ergänzung mit heimischen Tierarten (Großvoliere für Greifvögel, Eichhörnchengehege, Wolfsgehege), artgerechte Gehegeausstattungen und Erweiterung des Informationszentrums (zusätzliche Schulungsräume) sowie Sanierungen im Bestand. Es ist geplant, Fördermittel und Sponsorengelder einzuwerben (einstimmig);

Der Rat beschloss

- die Sanierung der Heizungsanlage in der Heinrich-Heine-Gesamtschule Graf-Recke-Straße 170 sowie der Sporthalle mit Gesamtkosten von 0,8 Mio Euro (einstimmig);



- den Umbau und die Erweiterung der Jugendfreizeitanlage Altenbrückstraße 14 (Hassels) mit Gesamtkosten von 2,8 Mio Euro (einstimmig). Rednerinnen von SPD und BÜ 90 kritisierten das geplante Fertigstellungsdatum Ende 2010, da Bauschäden schon seit mehreren Jahren nicht behoben wurden. Die Verwaltung erläuterte, dass die Bauzeit um maximal 3 bis 4 Monate verkürzt werden könnte. Das Leistungsangebot richtet sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12-27 Jahren mit Schwerpunkt in der Altersgruppe der 16 bis 20 Jährigen. Die Öffnung soll an 6 Wochentagen zwischen 10 und 22 Uhr erfolgen. Vermietung von Räumlichkeiten an Vereine und Organisationen ist vorgesehen;
- die Verlängerung der Stadtbahnlinie U 79 bis zur Universität Ost vorbehaltlich der Plangenehmigung und der zeitnahen Mitfinanzierung durch das Land. Zu den Gesamtkosten von 8,6 Mio Euro wird ein Zuschuss von 5,4 Mio erwartet. Weitere 1,4 Mio werden durch Umsatzsteuerrückerstattungen erwartet. Baubeginn ist für Juni 2009 geplant (einstimmig);
- den Bau des Fernbusbahnhofs Worringer Straße mit Kosten von 1,6 Mio Euro. Für die Dauer der Umbauzeit zwischen Februar und September 2009 muss noch ein Ersatzstandort gesucht werden (einstimmig);
- den Umbau der südlichen Himmelgeister Straße zwischen Ernst-Derra-Straße und Auffahrt Münchener Straße mit Gesamtkosten von 0,65 Mio Euro (Enthaltung freie Wählergemeinschaft).

Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung zum Vergaberecht ist es nicht mehr möglich, die bisher üblichen städtebaulichen Verträge für Erschließungen in Baugebieten als reine Unternehmerverträge abzuschließen. Nunmehr sind die Erschließungsleistungen von der Stadt im eigenen Namen und für eigene Rechnung auszuschreiben und zu beauftragen. Mit den Investoren werden städtebauliche Verträge geschlossen, die den Investor verpflichten, sämtliche Kosten zu tragen und dem Mittelabflussplan entsprechende Abschlagszahlungen zu leisten sowie die Gesamtinvestition durch Bankbürgschaft zu sichern. Deshalb beschloss der Rat entsprechende Vorgehensweisen für die Erschließungsmaßnahmen Am Scheitenwege (2 Mio Euro)- einstimmig -, Gartenstadt Reitzenstein (20 Mio Euro) – Enthaltung Linksfraktion - und An der Piwipp (1,3 Mio Euro)- einstimmig.

## ■ Baurecht

Der Rat beschloss

- den Bebauungsplan für den ersten Bauabschnitt Kö-Bogen. Er umfasst Flächen am nördlichen Ende der Königsallee und am Rande des Hofgartens. Er beginnt an der Bolker Straße/ Neustraße, beinhaltet die Elberfelder Straße und einen Teil des an die Elberfelder- und Hofgartenstraße angrenzenden Hofgartens. Einbezogen ist der Jan-Wellem-Platz, die Hofgartenstraße bis einschl. Kreuzung Maximilien-Weyhe-Allee und der Bereich Berliner Allee bis zur Immermannstraße sowie Abschnitte der Schadowstraße und des Schadowplatzes. Das Bebauungsplangebiet wird in sieben Kerngebiete gegliedert. Großflächiger Einzelhandel ist bis zu einer maximal möglichen Verkaufsfläche von 19.000 qm ausdrücklich erwünscht. Wohnnutzungen sind mit Ausnahme des Baublocks Kaufhof an der Kö bis zu 25 % der Geschossfläche auf dem jeweiligen Grundstück möglich. In den beiden Gebieten, die erstmalig bebaut werden, können maximal 42.000 qm Geschossfläche in sechs Geschossen errichtet werden. Die Gebäudehöhen müssen zwischen 20 und 26 m über Grund betragen. Zwingende Baulinien werden in Verlängerung der Königsallee und an der Kante zum Hofgarten festgesetzt. Zum Teil sind Vordächer zulässig, die die Baugrenzen

oder Baulinien überschreiten dürfen. Die beiden Baublöcke können durch Brücken verbunden werden. Die Ausnutzung der Baublöcke mit Bestandsbebauung wird nicht verändert. Unter den Neubauten soll eine Tiefgarage mit voraussichtlich 500 Stellplätzen in zwei Geschossen entstehen, die durch den neu zu bauenden Tunnel im zweiten Untergeschoss erreichbar ist. Dieser Tunnel mit Rampen in der Hofgartenstraße, der Berliner Allee und in der Elberfelder Straße reicht bis unter einen Streifen des Hofgartens. Die Straßenbahntrasse wird bis zur Inbetriebnahme der Wehrhahn-Linie verlegt. Die bisher auf dem Jan-Wellem-Platz abgewickelten Straßenbahn-Wendefahrten sollen künftig über die Straßenbahnwendeschleife Spichernplatz, die einer Ertüchtigung bedarf, und über eine Blockumfahrt Sternstraße/Duisburger Straße/Nordstraße/Kaiserstraße durchgeführt werden. Für den erforderlichen Gleisabzweig im Bereich Duisburger Straße/Nordstraße muss noch ein planungsrechtliches Verfahren durchgeführt werden. Die Bushaltestellen sollen auf die Rechtsabbiegestreifen der Heinrich-Heine-Allee nördlich der Oper verlegt werden. An der Berliner Allee soll es in Höhe der Immermannstraße eine zusätzliche Bushaltestelle geben (gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion, Krüger). Abgelehnt wurde ein Antrag von BÜ 90 durch CDU, FDP (Enthaltung SPD, Krüger – eine SPD-Stimme für den Antrag -), das Vergabeverfahren aufzuheben.

- den Bebauungsplan „südlich Hansaallee“. Auf dem 4,5 ha großen ehemaligen Industriegelände der Firma TRW Ehrenreich entsteht ein urbanes Wohnquartier. Im nördlichen Teil entstehen vier Baublöcke, die sich um einen zentralen Quartiersplatz mit öffentlichem Charakter nebst einer integrierten Wasserfläche gruppieren. Im südlichen Teilgebiet, das sich entlang einer vierspurig geplanten „Basisstraße“ entwickelt, ist ein Mischgebiet vorgesehen mit zwei straßenbegleitenden Gebäuderiegeln. Während im äußeren Ring 4-5 geschossige lang gestreckte Baukörper entstehen sollen, werden im Innern solitäre 3-4 geschossige Gebäude errichtet. Insgesamt werden rd. 390 Wohneinheiten sowie 155 Arbeitsplätze entstehen. Das Planungsrecht ermöglicht im nördlichen Gebiet Nachbarschaftsläden mit max. 400 qm Verkaufsfläche und nicht störende Gewerbe- und Handwerksbetriebe. Es ist eine dreigruppige Kindertagesstätte vorgesehen. In der südlichen Riegelbebauung sind Wohn-, Geschäfts- und Bürogebäude möglich. Auch hier werden Einzelhandelsnutzungen auf 400 qm begrenzt (einstimmig).

- n Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,  
Email: [helgaleibauer@arcor.de](mailto:helgaleibauer@arcor.de)